

Nr. 3 | Mai 2019

ISSN 1661-481X

ecopolitics

politfocus

gesundheitspolitik



Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Focusgeschäfte..... | 3 |
| ➊ Revision des Versicherungsvertragsgesetzes | 3 |
| | |
| Bundesrat und Bundesverwaltung | 6 |
| Gesundheitspolitik allgemein..... | 6 |
| Krankenversicherungen | 7 |
| Pharma Medikamente | 8 |
| Forschung | 9 |
| Gesundheitsförderung Prävention | 12 |
| Internationale Gesundheitspolitik | 12 |
| Querschnitt | 13 |
| | |
| Parlament | 14 |
| Rückblick Sondersession (07.–09.05.2019) | 14 |
| Nationalrat | 14 |
| Vorschau Sommersession (03.–21.06.2019) | 14 |
| In beiden Räten..... | 14 |
| Nationalrat | 16 |
| Ständerat..... | 22 |
| | |
| Interkantonale Gremien Verbände | 25 |
| Gesundheitspolitik allgemein..... | 25 |
| Krankenversicherungen | 25 |
| Pharma Medikamente | 26 |
| | |
| Impressum | 27 |

Focusgeschäfte

① Revision des Versicherungsvertragsgesetzes

Versicherungsvertragsgesetz. Änderung (17.043)

Versicherungsvertragsgesetz. Totalrevision (11.057) (Abschreibung)

- ① Das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) regelt das Vertragsverhältnis zwischen den Versicherungsunternehmen und ihren Kundinnen und Kunden. Es ist über hundert Jahre alt und genügt den Anforderungen und Bedürfnissen an ein modernes Gesetz nicht mehr. In einer Teilrevision 2006 wurden bereits einige vordringliche Punkte aufgenommen. Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament 2011 den Entwurf für eine Totalrevision (11.057). Allerdings ging der Vorschlag beiden Räten zu weit, und sie wiesen die Vorlage 2013 zurück an den Bundesrat mit dem Auftrag, eine Teilrevision zu ausgewählten Punkten auszuarbeiten. In der Folge arbeitete eine breit zusammengesetzte Arbeitsgruppe Vorschläge aus. Diese werden nun mit der Botschaft 17.043 dem Parlament unterbreitet. Berücksichtigte Punkte sind dabei Änderungen beim Widerrufsrecht, bei der vorläufigen Deckung bei der Verjährung, beim Kündigungsrecht und bei den Grossrisiken.
- II Der Nationalrat hat die Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes in der Sondersession beraten und in wesentlichen Punkten zu Gunsten der Konsumentinnen und Konsumenten entschieden. Die Ratslinke verlangte die Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat, um die Vorlage zu überarbeiten. Die Anliegen der Versicherten seien auf der Strecke geblieben, es sei eher ein «Versicherungsinteressen-Schutzgesetz», wurde im Rat argumentiert. Der Nationalrat lehnte den Rückweisungsantrag aber mit 128 zu 53 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. Doch auch von Seiten der Mitteparteien wurden die Vorschläge des Bundesrates als unausgewogen beurteilt. Bundesrat Ueli Maurer wies die Vorwürfe zurück. Man habe lediglich die Stellungnahmen in der Vernehmlassung berücksichtigt. «Den Vorwurf, dass sich der Bundesrat vor den Versicherungen verbeuge, möchte ich in aller Form zurückweisen», nahm Ueli Maurer in der Debatte Stellung. Es sei am Parlament, die Abwägung zwischen den Interessen von Versicherern und Versicherten zu machen.

In der Detailberatung nahm der Nationalrat einige Anpassungen vor. Zentraler Punkt in der Debatte war Artikel 35, wonach die Versicherungen das Recht erhalten sollen, die Vertragsbedingungen einseitig zu ändern. Zwar ist dies bereits heute möglich, allerdings werden durch das Bundesgericht enge Schranken gesetzt. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Bestimmung würden den Versicherungen weitgehende Freiheiten eingeräumt. Eine Präzisierung im Gesetz fand jedoch keine Mehrheit und wurde mit 102 zu 88 Stimmen aus der Vorlage gestrichen. In der vorberatenden Kommission hatten sich SVP und FDP noch dafür ausgesprochen. FDP-Sprecher Olivier Feller (VD) gestand ein, dass es «berechtigte Bedenken» der Versicherten gebe. Auch die SVP wollte nun doch beim geltenden Recht bleiben. Der Konsumentenschutz hatte bereits mit dem Referendum gegen das revidierte Versicherungsvertragsgesetz gedroht. Ebenfalls für Diskussionen sorgte ein weiterer Punkt: das Recht der Versiche-

nung, ihre Leistungen im Fall einer Krankheit oder eines Unfalls einzuschränken beziehungsweise einzustellen. Für Regula Ryth (GP/BE) ist dies «eine ungeheuerliche Frechheit», und sie fragte rhetorisch: «Wer braucht schon eine Versicherung, die sich bei einem laufenden Schadensfall davonschleichen kann?» Dieser Argumentation folgte der Rat und lehnte mit 133 zu 50 Stimmen die Vertragsbestimmungen ab, welche die Zahlungspflicht im Fall von Krankheit oder Unfall einschränken. Auch weitere Anträge, welche zugunsten der Versicherungen wären, lehnte der Rat ab. So sollen Krankenzusatzversicherungen grundsätzlich ausschliesslich von den Versicherten und nicht von den Versicherungen gekündigt werden dürfen. Zudem sollen die Versicherten das Recht erhalten, einen Vertragsschluss innerhalb von 14 Tagen zu widerrufen. Eine Minderheit von Mitte-Links konnte sich gar mit der Forderung durchsetzen, dass dies sowohl beim Abschluss als auch bei wesentlichen Änderungen des Vertrages gilt. Weiter hiess der Rat eine Nachhaftung von fünf Jahren gut, das heisst, dass der Versicherer für erst später eintretende Schäden bis zu fünf Jahre nach Beendigung des Vertragsverhältnisses leistungspflichtig bleibt.

In einigen Punkten folgte der Rat jedoch auch den Anträgen seiner vorbereiteten Kommission (WAK-NR). So hiess die grosse Kammer die Zulassung einer anderen Form der Schriftlichkeit gut, die den Nachweis durch Text erlaubt. Damit soll der elektronische Geschäftsverkehr erleichtert werden. Bei einer Vertragsverletzung soll zudem die Beweislast umgekehrt werden. Dies bedeutet, dass künftig die Versicherten nachweisen müssen, dass der Schaden ohnehin eingetreten wäre. Auch bei der Verjährungsfrist folgte der Rat seiner vorbereiteten Kommission und verlängerte diese von 2 auf 5 Jahre – eine Minderheit hatte 10 Jahre gefordert. Im Rat unbestritten waren die Einführung der Rückwärtsversicherung, die gesetzliche Grundlage für die vorläufige Deckungszusage sowie die Vorschriften zur Mehrfachversicherung.

In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat die Revision des Versicherungsvertragsgesetzes mit 124 zu 26 Stimmen bei 36 Enthaltungen gut, wobei die Vorlage insbesondere bei der SP und den Grünen auf Ablehnung stiess.

Stillschweigend hiess der Rat ferner die Abschreibung der Vorlage 11.057 im Zusammenhang mit der aktuellen Vorlage gut.

» Die Vorlagen gehen nun an den Ständerat. Dessen vorbereitende Wirtschaftskommission (WAK-SR) hat diese noch nicht traktandiert.

Reaktionen

✗ *economiesuisse* unterstützt im Grundsatz die Vorlage, es bestehe jedoch noch Anpassungsbedarf. Eine Rückweisung lehnt *economiesuisse* ab. Grundsätzlich begrüsst die Wirtschaft eine abgespeckte Teilrevision des Versicherungsvertragsgesetzes, die sich auf die absolut notwendigen Änderungen beschränkt. Insbesondere sei dem speziellen Schutzbedürfnis von Konsumenten und KMU Rechnung zu tragen.

† Sandra Spieser, *economiesuisse*, Leiterin Bundeshausgeschäfte, T 031 311 62 96

🔗 [Vollständige Meldung](#)

- ✎ Aus Sicht der Stiftung für Konsumentenschutz ist die Gesetzesvorlage in dieser Form weiterhin ungenügend. Statt des längst fälligen – und ursprünglich beabsichtigten – Ausgleichs im Kräfteverhältnis zwischen Versicherern und Versicherten, habe der Rat nur punktuelle Verbesserungen für die Konsumentinnen und Konsumenten beschlossen. Nun sei der Ständerat gefordert. Der Konsumentenschutz werde sich mit allen Mitteln für weitere deutliche Korrekturen zu Gunsten der Versicherten einsetzen, wie es in einer Mitteilung heisst.
- † Stiftung für Konsumentenschutz, T 031 370 24 24
- ☞ Vollständige Meldung

Bundesrat und Bundesverwaltung

Gesundheitspolitik allgemein

Die Volksinitiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot ist zustande gekommen

① Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt», die am 18. März 2019 eingereicht wurde, ist formell zustande gekommen. Gemäss Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei sind 123'640 der insgesamt 124'277 eingereichten Unterschriften gültig.

📞 Bundeskanzlei, Kommunikation, T 058 462 37 91

📄 [Vollständige Meldung](#)

Die Volksinitiative «Organspende fördern - Leben retten» ist zustande gekommen

① Die eidgenössische Volksinitiative «Organspende fördern - Leben retten», die am 22. März 2019 eingereicht wurde, ist formell zustande gekommen. Gemäss Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei sind 112'633 der insgesamt 112'991 eingereichten Unterschriften gültig.

📞 Bundeskanzlei, Kommunikation, T 058 462 37 91

📄 [Vollständige Meldung](#)

Keine eidgenössische Volksabstimmung am 24. November 2019

① Wie der Bundesrat am 1. Mai 2019 beschlossen hat, wird auf die Durchführung einer eidgenössischen Volksabstimmung am 24. November 2019 verzichtet. Das nächste Datum für eine eidgenössische Volksabstimmung wird der 9. Februar 2020 sein. Der Bundesrat wird zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, welche Vorlagen an diesem Datum zur Abstimmung gelangen.

📞 René Lenzin, Bundeskanzlei, T 058 462 54 93

📄 [Vollständige Meldung](#)

Kantone können die Ärztezahzahl weiterhin beschränken

① Am 15. Mai 2019 hat der Bundesrat nach einer Entscheidung des Parlaments beschlossen, die Geltungsdauer der Verordnung zur Zulassungsbeschränkung für Ärztinnen und Ärzte um zwei Jahre zu verlängern. Die Kantone können somit weiterhin die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte, die auf ihrem Gebiet zulasten der OKP tätig sind, bei Bedarf regulieren und dadurch den ambulanten Bereich steuern. Das Parlament arbeitet weiter an der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend die Zulassung von Leistungserbringern.

📞 Bundesamt für Gesundheit (BAG), Kommunikation, T 058 462 95 05

📄 [Vollständige Meldung](#)

«Bisch gimpt?» – neue Werbeaktion für den elektronischen Impfausweis

① Das Bundesamt für Gesundheit hat anlässlich der Europäischen Impfwache vom 24. bis 30. April 2019 eine Werbeaktion für den elektronischen Impfausweis gestartet. Innerhalb des letzten Jahres ist die Anzahl registrierter Personen stark angestiegen, von 150'000 auf heute 214'000 Personen mit 4 Millionen registrierten Impfungen.

📞 Bundesamt für Gesundheit (BAG), Kommunikation +41 58 462 95 05

📄 [Vollständige Meldung](#)

Eidgenössische Kommission für Suchtfragen: Cannabis-Update 2019

① Die Eidgenössische Kommission für Suchtfragen (EKSF) hat am 29. April 2019 vier Berichte mit relevanten Erkenntnissen zum Cannabiskonsum sowie im Bereich der internationalen Gesetzgebung und der Cannabispolitik veröffentlicht. Die Berichte geben Aufschluss über die Fortschritte in der Forschung zum therapeutischen Einsatz von Cannabis und zeigen auf, dass der Konsum im letzten Jahrzehnt praktisch stabil geblieben ist. Ausserdem thematisieren sie die Risiken des Konsums und kritisieren, dass das bestehende Verbot schaden- und risikominimierende Massnahmen sowie den Ausbau von Präventionsmassnahmen verhindert. Die Berichte stellen eine solide Grundlage für den weiteren politischen Prozess sowie die konstruktive Weiterentwicklung des Betäubungsmittelgesetzes dar. Die EKSF empfiehlt, das Betäubungsmittelgesetz so anzupassen, dass der Konsum von Cannabis nicht mehr bestraft wird, der Cannabismarkt in Schweiz reguliert werden kann sowie schaden- und risikomindernde Massnahmen durchgesetzt werden können.

⌚ Toni Berthel, Eidgenössische Kommission für Suchtfragen (EKSF), Präsident, M 079 232 47 57

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Krankenversicherungen

Helsana+: Datenbeschaffung bei der Grundversicherung war rechtswidrig

① Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Entscheid vom 19. März 2019 die Datenbeschaffung beim App-gestützten Bonusprogramm «Helsana+» als rechtswidrig qualifiziert. Die Helsana Zusatzversicherungen AG hat die Daten bei den Grundversicherern der Helsana-Gruppe unrechtmässig beschafft. Weitere Datenbearbeitungen werden vom Bundesverwaltungsgericht als zulässig erachtet, weil sie nicht gegen Persönlichkeitsschützende Bestimmungen verstossen.

⌚ Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter (EDÖB), Medienstelle, T 058 464 94 10

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Krankenpflegeversicherer für Asylsuchende in Bundesasylzentren bestimmt

① Gemäss revidiertem Asylgesetz halten sich Asylsuchende in der Schweiz während maximal 140 Tagen in den Bundesasylzentren (BAZ) auf. Während dieser Zeit übernimmt der Versicherer CSS die anfallenden Gesundheitskosten. Per 1. Juni nimmt die CSS alle asylsuchenden und ausreisepflichtigen Personen, die sich in den BAZ aufhalten, in die obligatorische Krankenversicherung auf. Wie die Rahmenvereinbarung zwischen dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und CSS vorsieht, werden die Asylsuchenden in ein bereits bestehendes Hausarztmodell aufgenommen. Da auf eine öffentliche Ausschreibung keine Offerten eingegangen sind, entspricht die freihändige Direktvergabe des Mandats an die CSS der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen.

⌚ Staatssekretariat für Migration (SEM), Information und Kommunikation, T 058 465 78 44

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Pharma | Medikamente

Mehr Integrität und Transparenz im Heilmittelbereich

- ① Ab 2020 sollen im Heilmittelbereich neue Regeln für die Integrität und Transparenz gelten. Entsprechende Bestimmungen zum Heilmittelgesetz (HMG) hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 10. April 2019 verabschiedet. Geldwerte Vorteile sollen bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln künftig untersagt werden, wenn sie die Wahl der Behandlung beeinflussen können. Zudem soll die Transparenz bei Preisrabatten und Rückvergütungen beim Heilmittelleinkauf erhöht werden: Diese müssen gegenüber den Behörden transparent gemacht und dem Bundesamt für Gesundheit auf Verlangen offengelegt werden. Diese rechtlichen Änderungen erfolgen im Rahmen der ordentlichen Revision des HMG, die das Parlament im Jahr 2016 verabschiedet hat. Sie sollen per 1. Januar 2020 in Kraft treten.

↳ Bundesamt für Gesundheit, Kommunikation, T 058 462 95 05

🔗 Vollständige Meldung

Illegale Arzneimittelimporte: Risiken werden unterschätzt

- ① Im vergangenen Jahr stellte die Zollverwaltung im Auftrag des Schweizerischen Heilmittelinstituts Swissmedic insgesamt 3'203 Sendungen mit illegalen Arzneimitteln sicher. Dass im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Sendungen sichergestellt werden konnten (2017: 1'060 Sendungen) geht auf ein neues, vereinfachtes Verfahren zurück. Nach wie vor werden Potenzmittel am häufigsten illegal importiert, gefolgt von abhängig-machenden Arzneimitteln wie Psychopharmaka, Schlaf- und Beruhigungsmittel.

↳ Swissmedic, Schweizerisches Heilmittelinstitut, Medienstelle, T 058 462 02 76

🔗 Vollständige Meldung

Über die Heilmittelplattform gemeldete Engpässe sollen genauer analysiert werden

- ① Die Heilmittelplattform der wirtschaftlichen Landerversorgung erlaubt es, Lieferunterbrüche lebenswichtiger Medikamente rasch zu erfassen und deren Ursachen zu analysieren. So können Massnahmen getroffen werden, die die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherstellen. In den Jahren 2017 und 2018 wurden insgesamt 177 Versorgungsengpässe bei 81 Wirkstoffen gemeldet. Kritische Situation konnten jedoch dank frühzeitigem Monitoring und dem Einsatz von Pflichtlagerware überbrückt werden. Diese Engpässe sind Gegenstand eines Berichts, der vom Bundesrat am 15. Mai 2019 zur Kenntnis genommen wurde. Die Verschlechterung der Versorgungssituation ist auf einen globalen Wirkstoffmangel, auf Marktrückzüge sowie logistische Probleme zurückzuführen. Mit den erfassten Daten der Heilmittelplattform sollen die Marktstrukturen analysiert werden, um die Versorgungssicherheit der Schweiz zu stabilisieren und langfristig zu verbessern. Auch soll eine bessere Koordination zwischen den öffentlichen Akteuren des Arzneimittelmarktes auf Bundes- und Kantonebene erfolgen.

↳ Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Kommunikation, T 058 462 20 07

🔗 Vollständige Meldung

Spitzentreffen zur BFI-Botschaft 2021-2024

Forschung

- ① Am 1. April 2019 hat Bundesrat Guy Parmelin, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), zu einem Spitzentreffen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) eingeladen. Beim Spitzentreffen wurde über die inhaltlichen Ziele der BFI-Botschaft in den Jahren 2021-2024 diskutiert. Mit dieser Botschaft beantragt der Bundesrat Mittel für die Beteiligung des Bundes an den Berufsbildungskosten sowie für Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung und Weiterbildung, der Hochschulen und von Forschung und Innovation. Einen Schwerpunkt soll dabei die digitale Transformation als Herausforderung und Chance bilden. Wichtiges Ziel im Bereich Forschung und Innovation stellt die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dar. Die Fördermassnahmen des Bundes sollen auch in der nächsten Periode Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung und wissenschaftsbasierte Innovation auf höchstem Niveau ermöglichen. Im Juni 2019 wird der Bundesrat voraussichtlich die finanziellen Eckwerte für den Aufgabenbereich Bildung und Forschung bestimmen. Die Botschaft und Finanzbeschlüsse wird der Bundesrat dem Parlament im ersten Quartal 2020 unterbreiten.

⌘ Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Kommunikation, T 058 462 20 07

🔗 Vollständige Meldung

Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen 2019

- ① Die «Schweizer Roadmap Forschungsinfrastrukturen 2019» des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) wurde vom Bundesrat am 17. April 2019 zur Kenntnis genommen. Das SBFI hat den gesetzlichen Auftrag, regelmässig einen Bericht zum Stand und zur Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen von nationaler Bedeutung zuhanden des Bundesrats zu erarbeiten. Der Zugang zu ausgezeichneten Forschungsinfrastrukturen ist für Forschende, Hochschulen und innovative Unternehmen essentiell, da diese in vielen Fachgebieten eine zentrale Voraussetzung für die Lösung grundlegender Fragen bilden. Da die Nachfrage nach solchen Forschungsinfrastrukturen wächst, nimmt der mittel- und langfristige Finanzbedarf zu. Im Hinblick auch die BFI-Botschaft 2021-2024 wurde die bisherige Roadmap aus dem Jahr 2015 aktualisiert, sodass sie den Umsetzungsstand bereits bestehender Infrastrukturen im In- und Ausland aufweist und einen Überblick über neu geplante Vorhaben gibt.

⌘ Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Kommunikationsdienst, T 058 462 20 07

🔗 Vollständige Meldung

Förderung durch den Europäischen Innovationsrat auch für Schweizer Forschungsinstitutionen und Unternehmen attraktiv

- ① Am 25. April 2019 fand in Bern eine Informationsveranstaltung zu den Fördermöglichkeiten des «Europäischen Innovationsrats» (EIC) statt. Damit in Europa wissenschaftliche Erkenntnisse rascher in marktfähige Innovationen überführt werden können, soll der EIC ab 2021 im Zusammenhang mit dem europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizon Europe, 2021-2027) gezielt Innovationen fördern. Eine Delegation der Europäischen Kom-

mission brachte Schweizer Teilnehmenden aus Hochschulen, Forschung, Institutionen, Interessensorganisationen und Privatwirtschaft die Bedeutung der Forschungsrahmenprogramme der EU näher. Das Förderspektrum des EIC ist die wichtigste öffentliche Quelle zur Finanzierung der Forschung und Innovation von Unternehmen, von der auch Schweizer Unternehmen und insbesondere KMU profitieren können.

- ⌘ Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Ressort Kommunikation, T 058 462 45 60

🔗 Vollständige Meldung

- ① Am 30. April 2019 fand in Bern das fünfte Treffen des gemischten wissenschaftlichen Ausschusses Schweiz-Indien unter der Leitung von Staatssekretärin Martina Hirayama statt. Ziel des Treffens war es, die Weichen für eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen im Forschungsbereich zu stellen, die jüngsten Kooperationen und Prozesse zu evaluieren und die nächste Phase des bilateralen Programmes zu definieren. Seit 2003 verbindet die Schweiz und Indien ein bilaterales Rahmenabkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit. Bereits 60 gemeinsame Forschungsprojekte konnten im Kontext dieses Abkommens gefördert werden. Die Schweizer Delegation bestand aus Vertretern des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW), des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

- ⌘ Mauro Moruzzi, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Leiter Abteilung Internationale Beziehungen, M 079 659 99 10

🔗 Vollständige Meldung

- ① Wie aus den Ergebnissen der Erhebung des Bundesamtes für Statistik (BFS) zur Forschung und Entwicklung (F+E) hervorgeht, wurden 2017 in der Schweiz CHF 22,6 Milliarden für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten aufgewendet. Gut zwei Drittel der Gesamtaufwendungen (CHF 15,6 Milliarden) stammen von Privatunternehmen, während die Hochschulen gut ein Viertel (CHF 6,2 Milliarden) beisteuerten. Zwar hat sich das Wachstum der Aufwendungen in den letzten Jahren verlangsamt, der Gesamtbetrag stieg jedoch stetig an und konnte auch 2017 einen Rekordwert erreichen (2 % mehr als 2015). Die Finanzierung für F+E-Tätigkeiten belief sich auf 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Schweiz, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Zudem findet auch in der Forschung und Entwicklung ein reger Austausch mit dem Ausland statt. So flossen 2017 CHF 1,2 Milliarden aus dem Ausland in die Schweiz, während Schweizer Unternehmen F+E-Aktivitäten im Ausland mit CHF 7,9 Milliarden finanzierten.

- ⌘ Pierre Sollberger, BFS, Wirtschaftsstruktur und -analysen, T 058 463 68 65

🔗 Vollständige Meldung

Die Schweiz und Indien verstärken ihre wissenschaftliche Zusammenarbeit

CHF 22,6 Milliarden für die Forschung in der Schweiz 2017

Bundes-Exzellenz-Stipendien für junge kolumbianische Forschende

- ① Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und die kolumbianische Stiftung COLFUTURO haben am 1. Mai 2019 ein auf zwei Jahre beschränktes Pilotabkommen unterzeichnet, das es hervorragenden junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Kolumbien erlaubt, in der Schweiz ihre doktoralen oder postdoktoralen Forschungstätigkeiten weiterzuführen. In den kommenden zwei Jahren gewährt die Eidgenössische Stipendienkommission für ausländische Studierende (ESKAS) mindestens zwei Bundes-Exzellenz-Stipendien pro Jahr für kolumbianische Forschende. Das Pilotprojekt ist Teil der internationalen Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation, das der Bundesrat im Juli 2018 verabschiedet hat. Falls es sich als erfolgreich erweist, kann das Projekt weitergeführt werden.
- 📌 Cecilia Neyroud, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Abteilung Internationale Beziehungen, T 058 466 88 32

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Statt Tierversuche: Fischzellentest international zertifiziert

- ① Seit Jahren erforscht die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag) Alternativen, um Fischversuche zu reduzieren oder sogar ersetzen zu können. Eine dieser Alternativen stellen die Versuche mit im Labor nachgezogenen Kiemenzellen der Regenbogenforelle dar, womit sich die Giftigkeit von Wasserproben und von vielen Chemikalien für Fische zuverlässig bestimmen lassen. Über die Jahre wurde diese Methode laufend verfeinert und ist seit kurzem ISO-zertifiziert, womit sie für Forschende und Hersteller in Tests als Standardreferenz dient.
- 📌 Prof. Dr. Kristin Schirmer, Eawag, T 058 765 5266

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Informationen in die Zelle bringen

- ① Forschende des Paul Scherrer Instituts konnten grosse Fortschritte in der Erforschung von Zellmembranen erzielen und herausfinden, wie man Vitalstoffe und Informationen durch diese Barriere in die Zelle übertragen kann. So konnten sie einen wichtigen Teil eines Signalweges aufklären, durch den drei Proteine Informationen in das Zellinnere schleusen. Dieser Signalweg ist bei Säugetieren an der Regulation des Herzschlages beteiligt. Einem Team rund um Biochemiker Volodymyr Korkhov gelang es, eines dieser Proteine, die Adenylylzyklase, detailliert abzubilden. Die Identifizierung der genauen Molekularstruktur ermöglichte es herauszufinden, wie das Membranprotein sich selbst regulieren kann. Diese Erkenntnisse könnten es künftig ermöglichen, Medikamente zu entwickeln, die Adenylylzyklase hemmen oder aktivieren. Die Forschenden haben Ihre Ergebnisse in der Zeitschrift Science veröffentlicht.
- 📌 Prof. Dr. Volodymyr Korkhov, Paul Scherrer Institut, Forschungsgruppe Mechanismen der Signaltransduktion. T 056 310 28 42

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Bekämpfung nosokomialer Infektionen: Fortschritte in Spitälern und Pflegeheimen

- ① Im Rahmen der Veröffentlichung des zweiten Jahresberichts der Strategie NOSO zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung nosokomialer Infektionen zog das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Bilanz. Um die Ausbreitung nosokomialer Infektionen in Spitälern und Pflegeheimen zu bekämpfen, wurde im Rahmen der Strategie NOSO Präventions- und Überwachungsmassnahmen getroffen, welche deutliche Fortschritte erzielen konnten. In den an der Pilotphase beteiligten Spitälern ist die Quote der postoperativen Wundinfektionen zurückgegangen. Regionale Ausbrüche nosokomialer Infektionen werden künftig systematisch untersucht und durch ein von Swissnoso geführtes Kompetenzzentrum erfasst.

☎ Bundesamt für Gesundheit (BAG), Kommunikation, T 058 462 95 05

📄 [Vollständige Meldung](#)

Bundesrat Alain Berset am Treffen der EU-Gesundheitsminister in Bukarest

Internationale Gesundheitspolitik

- ① Bundesrat Alain Berset hat vom 14. bis 15. April 2019 an einem informellen Treffen der EU-Gesundheitsminister in Bukarest teilgenommen. Im Zentrum der Veranstaltung standen regulatorische Herausforderungen und mögliche Verbesserungsmassnahmen beim Zugang zu innovativen Medikamenten und Therapien. Die Minister besprachen auch den Stand der Umsetzung der EU-Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung.

☎ Nicole Lamon, Departement des Innern (EDI), Kommunikationschefin, T 058 462 85 79

📄 [Vollständige Meldung](#)

Bundesrat Alain Berset zu Besuch in der Zentralafrikanischen Republik

- ① Bundesrat Alain Berset hat vom 5. bis 7. Mai 2019 die Zentralafrikanische Republik besucht. Im Zentrum des Besuchs stand die internationale Zusammenarbeit der Schweiz zur Stärkung der lokalen Gesundheitssysteme. Der Vorsteher des Departements des Innern hat sich mit dem Präsidenten, dem Premierminister und dem Gesundheitsminister getroffen. Neben der politischen Situation und der bilateralen Beziehungen kam auch das multilaterale Engagement für einen guten Zugang zur Gesundheitsversorgung zur Sprache. Der bewaffnete Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik hatte schwere Folgen für die Zivilbevölkerung und schwächte das Gesundheits- und Bildungssystem. Die Humanitäre Hilfe der Schweiz in der zentralafrikanischen Republik fokussiert sich auf die Gesundheitsversorgung in Konfliktzonen.

☎ Nicole Lamon, EDI, Kommunikationschefin, T 058 462 85 79

📄 [Vollständige Meldung](#)

Bundesrat Alain Berset eröffnet die Weltgesundheitsversammlung der WHO

- ① Am 20. Mai 2019 eröffnete Bundesrat Alain Berset in Genf die 72. Weltgesundheitsversammlung (WHA), das oberste Entscheidungsorgan der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die diesjährige Versammlung steht erneut im Zeichen der allgemeinen Gesundheitsversorgung und dem besseren Zugang zu medizinischen Leistungen, wobei die Schweiz einen besonderen Fokus auf Kri-

sensituationen legt und zu diesem Thema auch eine Veranstaltung durchführt. Des Weiteren steht die Verabschiedung des Zweijahresbudgets 2020-2021 im Zentrum der vom 20. bis 28. Mai 2019 dauernden Veranstaltung. Bundesrat Berset wird sich ausserdem bei dieser Gelegenheit mit verschiedenen Gesundheitsministerinnen und -ministern zu bilateralen Gesprächen treffen.

☒ Nicole Lamon, EDI, Kommunikationschefin, M 078 756 44 49

☞ [Vollständige Meldung](#)

Querschnitt

Neue Bestimmungen im Lebensmittelrecht

① Im Lebensmittelbereich sollen Verordnungen den in der EU geltenden Bestimmungen angepasst werden. Das Departement des Innern (EDI) hat diesbezüglich eine Vernehmlassung eröffnet, die bis zum 26. August 2019 andauern soll. Ziel der revidierten Verordnungen ist es, einerseits den Gesundheitsschutz zu gewährleisten und andererseits Handelshemmnisse gegenüber der EU abzubauen. Dazu kommen administrative Prozesse, die vereinfacht werden sollen. Zu diversen Anpassungen kommt es insbesondere im Bereich der Gentechnik, wo die Kennzeichnung «GVO-frei» neu definiert werden soll, so dass nicht mehr grosse Mengen an Lebensmitteln weggeworfen werden müssen, wenn sie kleine Spuren von GVO enthalten. Zudem werden die Höchstgrenzen für Vitaminzusätze neu definiert.

☒ Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), Medienstelle, T 058 463 78 98

☞ [Vollständige Meldung](#)

Parlament

Rückblick Sondersession (07.–09.05.2019)

Nationalrat

Versicherungsvertragsgesetz. Änderung (17.043)

- ① Siehe Focusgeschäft Seite 3.
- » Die Vorlagen gehen nun an den Ständerat. Dessen vorbereitende Wirtschaftskommission (WAK-SR) hat diese noch nicht traktandiert.

Versicherungsvertragsgesetz. Totalrevision (11.057) (Abschreibung)

Vorschau Sommersession (03.–21.06.2019)

In beiden Räten

KVG. Zulassung von Leistungserbringern (18.047)

- ① Mit dieser Vorlage sollen die Anforderungen an die zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung tätigen Leistungserbringer erhöht und dadurch die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der von ihnen erbrachten Leistungen gesteigert werden. Zudem soll den Kantonen ein wirksameres Instrument zur Kontrolle des Leistungsangebots zur Verfügung gestellt werden. Diese Vorlage soll die in Artikel 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) festgelegte Zulassungsbeschränkung ablösen, die am 30. Juni 2019 ausläuft.
- » Der Nationalrat befasste sich am 12. Dezember 2018 mit der Vorlage und trat ohne Gegenantrag darauf ein. Als Erstrat fügte er in der Detailberatung einige Punkte in die Vorlage ein, die umstritten sein dürften. So will er unter anderem den Vertragszwang lockern, ausserdem sollen Ärztinnen und Ärzte zur Führung eines elektronischen Patientendossiers verpflichtet werden. Ferner beschloss der Nationalrat, die Zulassungssteuerung mit der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen zu verknüpfen. In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat die Vorlage, gegen den Widerstand der Linken, mit 128 zu 40 Stimmen bei 13 Enthaltungen gut.
- » Die Gesundheitskommission des Ständerates (SGK-SR) befasste sich am 15./16. April sowie am 16. Mai 2019 mit der Vorlage und verabschiedete sie einstimmig. Mit ihren Anträgen weicht die Kommission in einigen Punkten von den Beschlüssen des Nationalrates ab. So will die Kommission im Gesetz verankern, dass Ärztinnen und Ärzte, die zulasten der Grundversicherung Patientinnen und Patienten behandeln, die Sprache ihres Arbeitsortes gut beherrschen (mit 8 zu 5 Stimmen, Art. 37 Abs. 1). Eine Minderheit möchte es demgegenüber dem Bundesrat überlassen, wie er die Sprachkompetenzen feststellen will. Die Kommission möchte ferner den Kantonen die Möglichkeit einräumen, die Zahl der ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte zu beschränken beziehungsweise deren Zulassung bei einem überdurchschnittlichen Kostenanstieg zu

stoppen (Art. 55a Abs. 1 und 6; ohne Gegenstimme). Eine fakultative Lockerung des Vertragszwanges lehnte die Kommission ab (mit 8 zu 3 Stimmen, Art. 55a Abs. 1 bis). Die Kommission argumentierte, dass die freie Arztwahl nicht in Frage gestellt werden dürfe, solle die Vorlage vor dem Volk eine Chance haben. Weiter will die Kommission den Krankenversicherern kein Beschwerderecht gegen kantonale Erlasse über Zulassungsbeschränkungen einräumen (8 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, Art. 55a Abs. 7). Diese seien das Ergebnis eines politischen Prozesses, in den sich die Versicherer einbringen könnten. Schliesslich lehnte die Kommission eine Verknüpfung der Vorlage mit derjenigen über die einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär erbrachten Leistungen ab (mit 9 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung). Gemäss Kommission ist das Risiko zu gross, dass mit der Verknüpfung der politische Diskurs auf Jahre hinaus blockiert werde.

» Der Ständerat behandelt die Vorlage am 3. Juni, der Nationalrat eventuell am 5. Juni 2019.

Staatsrechnung 2018 (19.003)

Voranschlag 2019. Nachtrag I (19.007)

① Der Bundeshaushalt (19.003) schliesst das Jahr 2018 mit einem ordentlichen Überschuss von CHF 2,9 Milliarden ab. Budgetiert waren 0,3 Milliarden. Massgeblich zum guten Ergebnis tragen die höheren Einnahmen aus der Verrechnungssteuer und der direkten Bundessteuer bei. Weiter beantragt der Bundesrat dem Parlament die Zustimmung zu 9 Kreditnachträgen (19.007) im Umfang von CHF 75 Millionen. Davon entfällt ein überwiegender Teil auf die Wiedergutmachung für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen (CHF 58,5 Mio.). Weitere Punkte betreffen den Handlungsspielraum beim Personalaufwand betreffend «Cyber-Defence» (CHF 11,5 Mio.) und den Verpflichtungskredit «Schutz Naturgefahren 2016-2019 (CHF 10 Mio.)».

II Die Finanzkommission des Ständerates (FK-SR) beantragt ihrem Rat einstimmig, die Nachtragskredite und die Staatsrechnung zu genehmigen. Ihre nationalrätliche Schwesterkommission wird erst nach Redaktionsschluss ihre Entscheidungen bekannt geben.

» Der Ständerat behandelt die beiden Vorlagen am 6. Juni, der Nationalrat am 17. Juni 2019.

Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2018. Bericht (19.006)

① Mit dem Bericht des Bundesrates über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahre 2018 gibt die Landesregierung Auskunft über den Erfüllungsstand von überwiesenen Vorstössen. Im Kapitel I sind die Vorstösse enthalten, welche der Bundesrat zur Abschreibung beantragt.

II Der Bericht wird in allen Legislativkommissionen beider Räte behandelt. Die Kommissionen haben die Möglichkeit, ihrem Rat die Abschreibung eines Vorstosses zur Ablehnung zu beantragen, also den Bundesrat zu beauftragen weitere Schritte zur Erfüllung zu unternehmen.

Die Anträge der Kommission werden erst publiziert, wenn alle Kommissionen den Bericht beraten haben. Dies wird erst nach Redaktionsschluss der Fall sein.

» Der Ständerat wird über die Anträge am 6. Juni entscheiden, der Nationalrat am 18. Juni 2019.

Nationalrat

Bundesratsgeschäfte

KVG. Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit (15.083)

- ① Mit der vorliegenden Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) sollen die Qualität der erbrachten Leistungen gesichert und verbessert, die Patientensicherheit nachhaltig erhöht und die Kostensteigerung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung gedämpft werden. Die bisherige Rollenverteilung und die Steuerungssysteme, wie sie im KVG vorgesehen sind, sollen in ihren Grundsätzen unverändert bleiben.
- ⌘ Der Ständerat trat ohne Gegenantrag auf die Vorlage ein. Er folgte damit dem Antrag seiner vorberatenden Kommission (SGK-SR), die argumentiert hatte, dass frühere Kritikpunkte nun Gehör gefunden hatten. In seiner ersten Beratung war der Ständerat noch nicht auf das Geschäft eingetreten. Entgegen dem Antrag seiner vorberatenden Kommission lehnte es der Ständerat ab, eine privatrechtliche Organisation mit der Förderung der Qualität zu beauftragen. Vielmehr schloss er sich dem Entscheid des Nationalrates an und sprach sich für eine Qualitätskommission aus (mit 24 zu 18 Stimmen). Die Befürworter argumentierten, dass mit einer Kommission die Ziele besser erreicht werden könnten als mit einer privatrechtlichen Organisation. Zudem führte Paul Rechsteiner (SP/SG) aus, dass wenn eine Organisation öffentliche und hoheitliche Aufgaben zu erfüllen habe, sich dies auch in der Organisationsstruktur abzubilden habe. Auch in der Frage nach der Finanzierung schloss sich die kleine Kammer entgegen dem Antrag ihrer Kommission dem Nationalrat an und beschloss, dass die Kosten jeweils zur Hälfte vom Bund und von den Kantonen getragen werden sollen. In der Gesamtabstimmung hiess der Ständerat den Entwurf schliesslich mit 35 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen gut.
- II Aufgrund kleinerer Differenzen geht die Vorlage nun zurück an den Nationalrat. Dessen vorberatende Kommission beantragt ihrem Rat, sich in allen Punkten dem Ständerat anzuschliessen.
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 5. Juni 2019.

Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz. Volksinitiative (18.096)

- ① Die «Trinkwasserinitiative» verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, ohne prophylaktischen Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung auskommen und deren Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Damit soll die Qualität des Trinkwassers sichergestellt werden.
Die «Pestizid-Initiative» verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden.
- ⌘ Der Bundesrat empfiehlt beide Initiativen zur Ablehnung. Eine Annahme der «Trinkwasserinitiative» hätte weitreichende, schädliche Folgen für die Schweizer Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Die Initiative nehme berechnete

Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Volksinitiative (19.025)

Anliegen auf, die jedoch bereits mit den heutigen agrarpolitischen Massnahmen angestrebt würden und im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 verstärkt und ergänzt werden sollen. Auch die «Pestizid-Initiative» hätte nachteilige Folgen für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Der Bund erfülle die Anliegen der Initiative bereits mit diversen Massnahmen im Rahmen des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel und schlage im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 weitere Vertiefungen vor, ohne dabei den Handlungsspielraum für die Land- und Ernährungswirtschaft unverhältnismässig einzuschränken.

- II Die Landwirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-NR) hat sich im Frühjahr 2019 mit den beiden Volksinitiativen beschäftigt und Anhörungen dazu durchgeführt. Die beiden Initiativkomitees, Vertreterinnen und Vertreter der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK), der Eawag, des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfachs (SVGW), des Bauernverbands (SBV), der Agrarallianz, des Gewerbeverbands (sgv) sowie der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fiel) haben ihre Positionen dargelegt. Die Kommission empfiehlt die «Trinkwasserinitiative» mit 18 zu 7 und die «Pestizid-Initiative» mit 18 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen jeweils ohne Gegenentwurf zur Ablehnung. Die Mehrheit hält beide Initiativen für zu extrem und heikel in der Umsetzung. Sie sieht die Versorgung mit Lebensmitteln gefährdet und Arbeitsplätze bedroht. Sie ist der Meinung, was der Bundesrat im Zusammenhang mit der Agrarpolitik 2022+ und dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel vorsehe, sei wirkungsvoll genug. Zudem sei der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den letzten Jahren bereits deutlich zurückgegangen. Eine Minderheit hingegen ist der Ansicht, der Handlungsbedarf sei gegeben und wünscht verbindliche Vorgaben auf Gesetzesstufe. Die entsprechenden Anträge für indirekte Gegenvorschläge hat die Kommission jedoch abgelehnt. Der Antrag, durch gesetzliche Anpassungen die Risiken der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu halbieren und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz zu fördern, den Schutz vor nachteiligen Einwirkungen durch Pflanzenschutzmittel zu verbessern und den Fremdstoffeintrag in das Grundwasser zu senken, scheiterte mit 12 zu 13 Stimmen. Eine Minderheit der Kommission beantragt die Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenentwurf zu erarbeiten. Zwei Anträge auf direkte Gegenentwürfe zielen auf eine Ergänzung des Landwirtschaftsartikels in der Bundesverfassung (Art. 104 BV): Einer lehnt sich eng an den Text der Trinkwasser-Initiative an, lässt jedoch deren schwierig umzusetzende Punkte weg, der andere will die Einträge von potenziell schädlichen Stoffen aus der Landwirtschaft reduzieren. Beide Anträge wurden mit je 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt, werden aber als Minderheitsanträge in den Rat kommen.

- » Der Nationalrat berät die Initiativen am 19. und 20. Juni 2019 als Erstrat.

Parlamentarische Initiativen | Standesinitiativen

Pa.Iv. (Borer) Brand. Stärkung der Selbstverantwortung im KVG (15.468)

- ① Mit der parlamentarischen Initiative fordert der Urheber, die gesetzlichen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung so anzupassen, dass für alle besonderen Versicherungsformen ausschliesslich die dreijährige Vertragsdauer angewendet wird. Dagegen sind im Grundmodell mit der ordentlichen Franchise von CHF 300 Jahres- und Halbjahresverträge wie bisher anzuwenden.
- ⌘ Der Nationalrat befasste sich am 26. November 2018 mit der Vorlage und trat mit 111 zu 68 Stimmen bei 1 Enthaltung darauf ein. Einen schriftlich eingereichten Rückweisungsantrag von Franz Grüter (SVP/LU) lehnte der Rat knapp mit 81 zu 86 bei 13 Enthaltungen ab. Dieser hatte gefordert, das Geschäft mit dem Auftrag an die Kommission zurückzuweisen und eine neue Vorlage auszuarbeiten, die Mehrjahresverträge als frei wählbare Option für Versicherer und Versicherte vorsah. In der Detailberatung hiess der Nationalrat den Minderheitsantrag gut, den vom Bundesrat vorgesehenen Passus zu streichen, der Versicherer die versicherte Person zwei Monate vor Ablauf der dreijährigen Frist auf den Ablauf der dreijährigen Vertragsfrist hinweisen muss. In der Gesamtabstimmung nahm die grosse Kammer den Entwurf schliesslich mit 113 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen an.

Der Ständerat behandelte die Vorlage in der Frühjahrsession 2019. Er folgte dem Antrag der Kommissionsmehrheit (SGK-SR), die beantragte nicht auf die Vorlage einzutreten. Diese würde die Selbstverantwortung im KVG nicht stärken, sondern im Gegenteil sogar noch schwächen, wie Joachim Eder (FDP/ZG) für die Kommission ausführte. Dies weil die Versicherten tendenziell risikoscheu seien und eine tiefe Franchise dem Risiko einer mehrjährigen Bindung an eine hohe Franchise vorziehen könnten. Ausserdem sei die Zahl der Versicherten, die je nach Gesundheitszustand die Franchise wechselten, sehr gering. Dieser Argumentation folgte die kleine Kammer und trat stillschweigend nicht auf die Vorlage ein.

- II Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Dessen vorberatende Gesundheitskommission (SGK-NR) hat die Vorlage am 2./3. Mai 2019 behandelt und beantragt, sich dem Ständerat anzuschliessen und nicht auf die Vorlage einzutreten (mit 18 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen). Die Kommission nahm aber zur Kenntnis, dass sich der Bundesrat bereit erklärt hat, das Thema einer obligatorischen mehrjährigen Vertragsdauer für besondere Versicherungsformen in einigen Jahren erneut zu prüfen. Die Kommission brachte sodann den Wunsch an, dass der Bundesrat diese Überprüfung so rasch wie möglich an die Hand nimmt.
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die parlamentarische Initiative am 5. Juni 2019.

Pa.Iv. Berberat. Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament (15.438)

- ① Mit seiner parlamentarischen Initiative fordert Didier Berberat (SP/NE) eine Akkreditation von Lobbyisten, ein öffentlich einsehbares Register der Akkreditierungen, eine Offenlegung der Mandate sowie eine Sanktion bei Umgehung der Regeln.

- ⌘ Der Ständerat behandelte die Vorlage in der Wintersession 2018. Nachdem ohne Gegenantrag auf die Vorlage eingetreten war, behandelte er zwei Minderheitsanträge und damit zwei mögliche Alternativen zum heutigen System. Die Minderheit I (Comte) forderte, auch weiterhin zwei Badges zuzulassen, für Agenturlobbyisten aber eine Ausnahme zu machen. Deren Badges würden neu von der Verwaltungsdelegation vergeben. Raphaël Comte (FDP/NE) argumentierte dahingehend, dass bei der Vergabe der Badges an Agenturlobbyisten das Risiko bestünde, plötzlich mit Interessen in Verbindung gebracht zu werden, die nicht beabsichtigt waren, da die Agentur allenfalls andere/zusätzliche Mandate übernommen hatte. Die Minderheit II (Bruderer Wyss) beantragte den vollständigen Systemwechsel, wonach jede Person Zutritt zum Parlament hat, die Personalien, die Gründe sowie die Interessenbindung offenlegt. Pascale Bruderer Wyss (SP/AG) begründete ihre Minderheit dahingehend, dass künftig auf die merkwürdige Verbandelung zwischen Lobbyisten und Ratsmitgliedern verzichtet werden und damit mehr Transparenz geschaffen werden soll. Der Rat lehnte beide Minderheiten ab, einmal mit 22 zu 15 Stimmen (Minderheit I) und einmal mit 23 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung (Minderheit II). Damit schloss sich die kleine Kammer dem Modell der Mehrheit an. Dieses sieht vor, dass auch weiterhin jedes Ratsmitglied 2 Zutrittsausweise abgeben kann, allerdings müssen die Räte neu angeben, ob es sich um Familienmitglieder, persönliche Mitarbeitende oder Interessenvertretende handelt. Letztere müssen zudem offenlegen, in wessen Auftrag sie tätig sind, ebenso müssen Agenturlobbyisten ihren Arbeitgeber nennen. Auch Tagesgäste sollen nach dem Willen des Ständerates weiterhin zulässig sein, diese müssen aber vom Ratsmitglied begleitet werden. Die grosse Kammer hiess sodann in der Gesamtabstimmung die Anpassungen des Parlamentsgesetzes mit 24 zu 14 Stimmen und die dazugehörigen Verordnungen mit 25 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen gut.
- II Die Vorlage geht damit an den Nationalrat. Dessen vorberatende Kommission (staatspolitische Kommission SPK-NR) hat die Vorlage am 23./24. Mai 2019 und damit nach Redaktionsschluss traktandiert.
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die parlamentarische Initiative am 18. Juni 2019.
- ① Der Kanton Neuenburg fordert die Bundesversammlung auf zu prüfen, ob es zweckmässig ist, ein Spezialgesetz zu zuckerhaltigen Produkten zu erlassen, und allfällige nützliche Gesetzesanpassungen vorzunehmen, um die Diabetes- und Fettleibigkeitsepidemie wirksamer bekämpfen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel aufstocken zu können.
- ⌘ Der Ständerat gab der Standesinitiative in der Frühjahrsession 2018 mit 24 zu 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen keine Folge. Er folgte damit dem Antrag seiner vorberatenden Gesundheitskommission (SGK-SR). Diese hatte argumentiert, dass eine solche Massnahme erst geprüft werden soll, wenn sich bereits laufende Bemühungen des Bundesrates und der Lebensmittelindustrie – insbesondere zur Senkung der Zuckerbeigabe zu Joghurts, Frühstückscerealien und Süssgetränken – nicht als wirksam erweisen sollten.

Kt.Iv. Neuenburg. Für ein Bundesgesetz über zuckerhaltige Produkte und für einen beschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt – 1. Phase (17.308)

Mo. Ständerat (Ettlin Erich). Kostendämpfende Apothekerleistungen ermöglichen (18.4079)

- II Die Gesundheitskommission des Nationalrates (SGK-NR) beantragt ihrem Rat ebenfalls, der Standesinitiative keine Folge zu geben (mit 16 zu 7 Stimmen). Sie sieht angesichts der diversen, auf Freiwilligkeit beruhenden Bestrebungen zur Reduktion des Zuckergehalts von Lebensmitteln derzeit keinen Handlungsbedarf. Eine Kommissionsminderheit wies hingegen auf die Erfahrungen im Ausland hin: So seien Angaben auf gezuckerten Lebensmitteln ein gutes Instrument, um Krankheiten zu bekämpfen, die im Zusammenhang mit dem Zuckerkonsum stehen.
- » Der Nationalrat befasst sich am 11. Juni 2019 mit der Standesinitiative.

Motionen | Postulate

- ① Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, das Krankenversicherungsgesetz so anzupassen, dass es möglich wird, für Tarifpartner kostendämpfende Apothekerleistungen auch ohne Abgabe von Medikamenten in der OKP abzugelten. Zudem sollen Apotheker für ihre Beteiligung an OKP-mitfinanzierten kantonalen oder nationalen Präventionsprogrammen abgegolten werden können.
- » Der Ständerat hiess die Motion in der Wintersession 2018 oppositionslos gut – wie dies auch der Bundesrat beantragt hatte.
- II Die Motion geht nun an den Nationalrat. Dessen vorberatende Kommission (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK-NR) beantragt ihrem Rat mit 23 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion anzunehmen.
- » Der Nationalrat behandelt die Motion am 5. Juni 2019.

Mo. SGK-NR. Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen in Folge der Listen-Umteilung von bisher freiverkäuflichen Arzneimitteln der Liste C in Liste B (19.3005)

- ① Mit ihrer Motion möchte die Gesundheitskommission des Nationalrates den Bundesrat beauftragen sicherzustellen, dass bei der Umsetzung des Heilmittelverordnungspakets IV durch Swissmedic und das BAG – insbesondere durch die Umteilung der Arzneimittel der Liste C in Liste B – keine zusätzlichen Kosten und Aufwände für das Gesundheitssystem entstehen.
- II Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Nationalrat behandelt die Motion am 5. Juni 2019.

Po. SGK-NR. Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (19.3423)

- ① Der Bundesrat soll mit dem Postulat beauftragt werden zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie aufgrund von periodisch entwickelten Modellen und längerfristigen Szenarien schweizweit die optimale stationäre Versorgung gewährleistet werden kann. Dabei sollen die realen Patientenströme bzw. Versorgungsregionen berücksichtigt werden.
- II Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Nationalrat befasst sich am 5. Juni 2019 mit dem Postulat.

Parlamentarische Vorstösse gemäss separaten Listen

Parlamentarische Initiativen 1. Phase

- Pa.lv. Tuena. Zulassung von allen anerkannten Ärztinnen und Ärzten zu verkehrsmedizinischen Untersuchungen (17.524)

- Pa.Iv. Fridez. Private Krankenversicherungen. Für medizinische Gutachten ohne Interessenkonflikte ([18.410](#))
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Initiativen eventuell am 03., 04., 05., 06., 11., 13., 17., 18. oder 20. Juni 2019.

Vorstösse aus dem EDI

- Po. Fehlmann Rielle. Zuckerhaltige Getränke und Adipositas. Es muss etwas getan werden! ([18.4216](#))
- Po. Wehrli. Elektronisches Patientendossier. Was gibt es noch zu tun bis zu seiner flächendeckenden Verwendung? ([18.4328](#))
- Mo. Fraktion BD. Offensive für eine menschenwürdige Pflege in der Schweiz ([17.3297](#))
- Mo. Heim. Krankenkassenprämien. Eltern bleiben Schuldner der nichtbezahlten Prämien der Kinder ([17.3323](#))
- Po. (Schmid-Federer) Kutter. Vor- und Nachteile von kantonsübergreifenden Versorgungsregionen im Hinblick auf die Steuerung des Gesundheitssystems ([17.3380](#))
- Po. Heim. Cybersicherheit im Gesundheitswesen ([17.3433](#))
- Po. de Courten. Massnahmen zur Senkung der Prämienlast in der obligatorischen Krankenversicherung. Gesundheitskosten im Asyl- und Flüchtlingswesen zulasten des Bundes ([17.3485](#))
- Po. Jauslin. Freie Marktwirtschaft im Gesundheitswesen. Abschaffung des Einzelleistungstarifs ([17.3516](#))
- Mo. Hardegger. Register für Off-Label-Medikamente ([17.3518](#))
- Mo. Flückiger Sylvia. Krankenversicherung light für Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht ([17.3535](#))
- Po. (Schmid-Federer) Lohr. Nationales Konzept Freiwilligenarbeit ([17.3536](#))
- Po. Lohr. Diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung ([17.3540](#))
- Po. von Siebenthal. Elektroschock ist keine Therapie ([17.3552](#))
- Po. von Siebenthal. Unzulässige Verschreibung von Neuroleptika an Kinder ([17.3553](#))
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 5. Juni 2019.

Vorstösse aus dem EFD

- Mo. Hess Lorenz. Spirituosenwerbung. Bewährtes System beibehalten ([17.4123](#))
- » Der Nationalrat behandelt den parlamentarischen Vorstoss am 12. Juni 2019.

Vorstösse aus dem EJPD

- Po. Brélaz. Studie über die Entwicklung der Geldspielsucht ([18.3476](#))
- Po. Burgherr. Transparenz auch beim Verwaltungslobbying ([17.3423](#))
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 13. Juni 2019.

Vorstösse aus dem UVEK

- Mo. (Allemann) Hardegger. Umweltzonen zum Schutz vor gesundheitsgefährdender Luftverunreinigung ermöglichen ([17.3569](#))
- Mo. (Allemann) Hardegger. Saubere Luft als wichtigstes Gut. Strengere Abgasnormen für Dieselfahrzeuge ohne Übergangsfrist einführen ([17.3570](#))
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 4. Juni 2019.

Vorstösse aus dem VBS

- Po. Lohr. Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter (18.3846)
- » Der Nationalrat behandelt den parlamentarischen Vorstoss am 14. Juni 2019.

Vorstösse aus dem WBF

- Mo. (Schwaab) Marra. Die Arbeitslosenversicherung darf Versicherte nach einer langen Krankheit nicht mehr fallenlassen (17.3383)
- Mo. Reynard. Schnellstmögliche Assoziierung der Schweiz an Erasmus plus (17.3416)
- Mo. Barrile. Arbeitszeiten in den Spitälern. Keine Rückkehr ins Postkutschenzeitalter! (17.3444)
- Mo. Fraktion G. Verbot des Unkrautvertilgungsmittels Glyphosat mindestens bis 2022 (17.3757)
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 19. Juni 2019.

Vorstösse aus dem Büro

- Po. Kälin. Ersatz für Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei Mutterschaft, Vaterschaft und längerer Krankheit (18.4370)
- » Der Nationalrat behandelt den parlamentarischen Vorstoss am 11. Juni beziehungsweise 18. Juni 2019.

Abschreibung

- Pa.Iv. Bulliard. Pflegende Angehörige sollen in jedem Fall von anerkannter Hilflosigkeit ein Anrecht auf Betreuungsgutschriften haben (15.424)
- Kt.Iv. Bern. Bezahlter Urlaub für Eltern von schwerkranken Kindern (10.322)
- » Der Nationalrat behandelt die Anträge auf Abschreibung am 21. Juni 2019.

Ständerat

Parlamentarische Initiativen | Standesinitiativen

Pa.Iv. SGK-NR. Tarifpflege und Entwicklung – 1. Phase (17.401)

- ① Die Kommissionsinitiative sieht vor, dass die Tarifpartner eine Organisation einsetzen müssen, um auch im ambulanten Bereich die Pflege und ständige Weiterentwicklung der Tarifstrukturen zu garantieren. Können sich die Tarifpartner nicht einigen, würde der Bundesrat diese Organisation einsetzen, welcher die dafür notwendigen Daten zu liefern sind.
- » Der Nationalrat behandelte die parlamentarische Initiative in der Sommersession 2018 und gab ihr gemäss Antrag seiner vorberatenden Kommission oppositionslos Folge. Nun muss sich der Ständerat dazu äussern.
- II Dessen vorberatende Gesundheitskommission (SGK-SR) beantragt ihrem Rat einstimmig, der parlamentarischen Initiative keine Zustimmung zu erteilen.
- » Der Ständerat behandelt die parlamentarische Initiative am 20. Juni 2019.

Motionen | Postulate

Mo. Hêche. Strassenlärm weiter verringern und die betroffene Bevölkerung schützen (19.3237)

- ① Mit seiner Motion möchte Claude Hêche (SP/JU) den Bundesrat beauftragen, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit immer weniger Menschen dem Strassenlärm ausgesetzt sind, wie dies die Bundesverfassung verlangt. Zu-

dem soll die finanzielle Unterstützung der Kantone und Gemeinden durch den Bund mittels Programmvereinbarungen in derselben Grössenordnung wie in den drei vorangehenden Programmperioden (2008-2018) gewährleistet bleiben.

- II Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- » Der Ständerat befasst sich am 19. Juni 2019 mit der Motion.

Mo. Nationalrat (SGK-NR). MiGeL-Produkte. Inrechnungstellung durch Erbringer von Pflegeleistungen (18.3710)

- ① Mit der Motion der Gesundheitskommission des Nationalrates (18.3710) soll der Bundesrat beauftragt werden, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Leistungserbringer für Pflegeleistungen die in der Liste der Mittel und Gegenstände (MiGeL) aufgeführten Produkte sowohl für die Selbstanwendung der versicherten Person als auch für die Anwendung durch eine Pflegefachperson in Rechnung stellen können. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Mo. Bischof. Die sprunghafte Mehrbelastung der Kantone, Gemeinden und Spitex-Organisationen beseitigen. Die Kosten für das Pflegematerial anpassen (18.3425)

- ① Mit seiner Motion möchte Pirmin Bischof (CVP/SO) den Bundesrat beauftragen, die Beiträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP), die in Artikel 7a Absatz 3 der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) festgelegt sind, spätestens auf 1. Januar 2019 zu erhöhen und damit an die effektive Pflegekostenentwicklung anzupassen. Auch diese Motion beantragt der Bundesrat zur Ablehnung.

» In der Herbstsession 2018 behandelte der Nationalrat die Kommissionsmotion und hiess sie deutlich mit 168 Stimmen zu 1 Stimme gut. Der Ständerat wiederum befasste sich mit der Motion von Pirmin Bischof. Stillschweigend hiess der Rat einen Ordnungsantrag von Josef Dittli (FDP/UR) gut, die Motion zur Vorprüfung an die zuständige Kommission zuzuweisen. Dies um das Anliegen des Motionärs unter Berücksichtigung der diversen Bestrebungen des Bundesrates in dieser Problematik betrachten zu können, wie Dittli im Rat ausführte.

- II Sodann befasste sich die Gesundheitskommission des Ständerates (SGK-SR) mit den beiden Motionen. Die Kommission sieht dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Vergütung von Pflegematerial. Entsprechend beantragt sie mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Motion 18.3710 anzunehmen. Einstimmig lehnt sie hingegen die ihr zur Vorprüfung zugewiesene Motion Bischof ab.
- » Der Ständerat behandelt die beiden Motionen am 20. Juni 2019.

Mo. Ständerat (SGK-SR). Krankenkassen. Verbindliche Regelung der Vermittlerprovisionen, Sanktionen und Qualitätssicherung (18.4091)

- ① Der Bundesrat soll beauftragt werden, einen Erlassentwurf vorzulegen, welcher es dem Bundesrat ermöglicht, betreffend obligatorischer Krankenpflegeversicherung (OKP) eine Branchenlösung zur Regelung der Provisionen im Bereich Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) für allgemeinverbindlich zu erklären, Änderungen zu genehmigen sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung vorzusehen.

» Der Ständerat hatte die Motion seiner Gesundheitskommission (SGK-SR) in der Wintersession 2018 gutgeheissen.

- II Die vorberatende Kommission des Nationalrates (SGK-NR) beschloss, ihrem Rat eine Textänderung zu beantragen: So soll die verbindliche Regelung der Provi-

sionen auch für den Zusatzversicherungsbereich gelten, wo das Provisionsvolumen pro Abschluss kumulativ höher sei als in der Grundversicherung. Die Selbstregulierung, wie sie auch in Krankenversicherungsaufsichtsgesetz vorgesehen sei, funktioniere nicht, wie Bea Heim (SP/SO) für die Kommission ausführte. Diesen Antrag hiess der Nationalrat gut.

Aufgrund der vom Nationalrat beschlossenen Textänderung geht die Motion nun erneut an den Ständerat. Dessen vorberatende Kommission (Gesundheitskommission des Ständerates SGK-SR) hat die Motion am 15./16. April 2019 traktandiert. Sie beantragt ihrem Rat mit 8 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Motion zuzustimmen. Dies trotz wettbewerbsrechtlicher Bedenken, da der Nationalrat durch seine Anpassung beim Text den Geltungsbereich der Motion auf die Krankenzusatzversicherungen ausgeweitet hat. Ihre Zustimmung erfolgte auch im Wissen darum, dass die Diskussion nochmals vertieft geführt werden kann, wenn die bundesrätliche Botschaft vorliegt. Aufgrund der insgesamt unbefriedigenden Situation wollte die Kommission die Motion nicht ablehnen, was die einzige verfahrensrechtliche Alternative gewesen wäre.

» Der Ständerat befasst sich am 20. Juni 2019 mit der Motion.

Mo. SGK-SR. Obligatorische Krankenpflegeversicherung. Berücksichtigung der Mengenausweitung bei Tarifverhandlungen (19.3419)

① Der Bundesrat soll beauftragt werden, eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vorzulegen, um zu gewährleisten, dass die Tarifpartner bei den Tarifverhandlungen nicht nur die Preise, sondern gleichzeitig auch die Menge verhandeln.

II Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

» Der Ständerat befasst sich am 20. Juni 2019 mit der Motion.

Po. Zanetti Roberto. Seco-Stressmonitoring aktualisieren (19.3227)

① Mit dem Postulat soll der Bundesrat beauftragt werden, eine neue SECO-Studie zum Thema Stress mit aktuellen Daten ausarbeiten zu lassen.

II Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

» Der Ständerat befasst sich am 17. Juni 2019 mit dem Postulat.

Interkantonale Gremien | Verbände

Gesundheitspolitik allgemein

Volksinitiative «Für eine starke Pflege»: Gegenvorschlag der SGK-NR

✎ Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) wird einen Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative in die Vernehmlassung schicken. Die Allianz der Arbeitgeber der Pflege unterstützt diese Bemühungen zur Stärkung der Pflege: ein indirekter Gegenvorschlag erlaube, rasch und ziel führend auf die bestehenden Herausforderungen zu reagieren. Die Vorlage berücksichtige die zentralen Voraussetzungen zur Stärkung der Pflege, die angemessene Vergütung von Leistungen für Menschen mit erhöhtem Pflegedarf fehlt, wie die Allianz schreibt.

⌚ Daniel Höchli, CURAVIVA Schweiz, Direktor, T 031 385 33 48

⌚ Anne-Geneviève Bütikofer, H+ Die Spitaler der Schweiz, Direktorin, T 031 335 11 22

📄 Vollständige Meldung

Zulassungssteuerung: VSAO findet Gehör

✎ Der VSAO nimmt die Vorentscheide der Gesundheitskommission (SGK-SR) im Zusammenhang mit der Zulassungssteuerung erfreut zur Kenntnis, denn sie entsprechen nicht nur seiner Argumentation, sondern auch den Bedürfnissen der Patienten und Kantone. Falls der Ständerat ihnen zustimme und der Nationalrat die Beschlüsse übernehme, bestehe dank flexiblen Lösungen auch in Zukunft Gewähr für eine flächendeckende, bedarfsorientierte ärztliche Versorgung, schreibt der VSAO in seiner Mitteilung.

⌚ Marcel Marti, Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte, Stv. Geschäftsführer / Leiter Politik und Kommunikation, T 031 350 44 82

📄 Vollständige Meldung

Kantone sollen Zulassungsinstanz zur Obligatorischen Krankenpflegeversicherung werden

Krankenversicherungen

✎ Gemäss dem Krankenkassenverband curafutura hat sich die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-SR) gegen eine schlanke aber effektive Lösung bei der Zulassung ambulanter Leistungserbringer entschieden, indem sie die rein formale Zulassungsprüfung nach KVG den 26 Kantonen übertragen habe. So würden nun 26 unterschiedliche Prüfverfahren drohen. Dies sei entschieden nicht im Sinne der Prämien- und Steuerzahlenden, wie curafutura in einer Medienmitteilung schreibt. Zudem würden die Kantone damit eine weitere Rolle in der OKP erhalten. Dies, obwohl es Ziel aller Vertreter im Gesundheitswesen ist, die Mehrfachrollen der Kantone zu entflechten, wie der Verband schreibt.

⌚ Pius Zängerle, curafutura, Direktor, T 031 310 01 84

📄 Vollständige Meldung

**Beschwerderecht gegen
überhöhte Medikamen-
tenpreise nimmt wichtige
Hürde**

Pharma | Medikamente

- ✎ Gemäss santésuisse leiden Prämienzahler in der Schweiz unter viel zu teuren Medikamentenpreisen. Wehren können sie sich aber nicht. santésuisse begrüsst deshalb, dass die Gesundheitskommission des Ständerates (SGK-SR) das nun ändern und den Krankenversicherern künftig ein Beschwerderecht einräumen will. Bei der Zulassungssteuerung hingegen stimmen die Kommissionsentscheide santésuisse pessimistisch: Statt der griffigen Vorlage des Nationalrates würden nun ein zahnloser Tiger und eine unkoordinierte Umsetzung drohen, wie der Krankenkassenverband in seiner Medienmitteilung schreibt.
- 🗉 Matthias Müller, santésuisse, Leiter Abteilung Politik und Kommunikation, T 032 625 42 57
- 📄 [Vollständige Meldung](#)

Impressum

Redaktion

Sabine Graf (Leitung), graf@ecopolitics.ch

Julia Heeb, heeb@ecopolitics.ch

Redaktionsschluss: 21. Mai 2019

Gedruckt auf FSC-MIX-Papier.

© Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8

Telefon 031 313 34 34, Fax 031 313 34 35

politfocus@ecopolitics.ch, www.ecopolitics.ch

Zeichenerklärung

- ① Ausgangslage
- ⏪ Rückblick
- || Aktueller Stand
- Ausblick
- ✓ Reaktionen von Verbänden, Parteien, Gremien
- Ⓞ Kontaktangaben

Erscheinungstermine

Die nächste Nummer (Nr. 4) erscheint als Rückblick auf die Sommersession der eidgenössischen Räte am 27. Juni 2019.

Themen

Ecopolitics publiziert zu folgenden Politthemen die Zeitschrift *politfocus* als Print- und/oder PDF-Version:

| | |
|--|----------------|
| <i>politfocus</i> agrarpolitik | ISSN 1661-4771 |
| <i>politfocus</i> bildungspolitik | ISSN 1661-4801 |
| <i>politfocus</i> gesundheitspolitik | ISSN 1661-481X |
| <i>politfocus</i> sozialpolitik | ISSN 1661-5549 |
| <i>politfocus</i> umweltpolitik | ISSN 1661-4836 |
| <i>politfocus</i> politique environnementale | ISSN 1661-5557 |
| <i>politfocus</i> wirtschaftspolitik | ISSN 1661-5530 |

Abonnemente

Ein Jahresabonnement können Sie bequem auf unserer Website bestellen. Unter www.politfocus.ch finden Sie auch die aktuellen Preise sowie die geltenden Konditionen.

Weitere Produkte von Ecopolitics

politmonitoring: Mit dem *politmonitoring* unterstützen wir Sie dabei, die für Ihren Themenbereich relevanten Geschäfte über den gesamten politischen Prozess zu verfolgen.

politagenda: Mit der *politagenda* informieren wir Sie wöchentlich über Termine der Bundespolitik im für Sie relevanten Themenbereich.

polittraining: Im Rahmen unserer Kurse zeigen wir Ihnen die Funktionsweise des politischen Systems auf und wie Sie sich darin Gehör verschaffen.

Ecopolitics

Ecopolitics ist Partnerin von Institutionen, die sich professionell in die Politik einbringen wollen. Wir informieren über Politik, erarbeiten Analysen und Strategien und helfen Ihnen, Ihre Anliegen wirkungsvoll in die Politik einzubringen.

www.ecopolitics.ch